

# Im Überblick ...

## Zusammengestellt von Uwe Pinno

### Schlag gegen islamistische Terroristen

Am 15. August überraschte die Polizei in Uttar Naheshpur, Joypurhat, die radikal-islamische Gruppe *Jama'atul Mujabidin* vermutlich bei einem ihrer Haupttreffen und lieferte sich eine fast einstündige Schießerei mit Mitgliedern der terroristischen Vereinigung. Insgesamt 38 Mitglieder des verbotenen Ablegers der *Al Mujabidin*, die nach polizeilichen Ermittlungen seit den späten 90er Jahren mit Unterstützung radikaler Extremisten aus Saudi-Arabien in Bangladesh aufgebaut worden ist, konnten festgenommen werden. Einem Tipp aus der Bevölkerung war es zu verdanken, daß ein 35-köpfiges Polizeiteam nachts das Haus von Montezar Rahman überprüfte, der früher in der lokalen *Jamaat-e-Islami* aktiv war. Als die Ordnungskräfte sich nicht mit der Erklärung zufriedengaben, es handle sich bei der Versammlung um ein Fortbildungstreffen, und zur weiteren Klärung in das Haus eindringen wollten, eröffneten die Extremisten das Feuer. Sechs Polizisten und ein Verdächtiger wurden bei dem Schußwechsel schwer verletzt. Viele der Verdächtigen konnten zunächst fliehen, wurden aber im Laufe des folgenden Tages von den Ordnungskräften aufgespürt.

Die Ende August stattgefundenen Wahlen in Netrakona galten durch das hohe Aufgebot von Spitzenpolitikern im Wahlkampf für beide Parteien als Testlauf für zukünftige Wahlen. Als klarer Gewinner ging Khadeza Amin hervor, der die Regierungsallianz vertritt. Die Opposition berichtete von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in 13 von 124 Wahlzentren und

Im Haus fanden die Polizisten Briefe, Tagebuchnotizen, Adresslisten und anderes brisantes Material, das die hohe Bedeutung der Aktion zeigt. Die folgenden Ermittlungen deckten ein enges Netzwerk in nahezu allen nördlichen Distrikten auf, deren Zellen sich hauptsächlich in Madrassas der *Ahl-e-Hadis* befinden. Bei der *Ahl-e-Hadis* handelt es sich um eine fundamentalistische Gruppe, die in Bangladesh bisher mit friedlichen Mitteln agiert hatte, nun aber ein neues Bild liefert, das dem in Pakistan ähnelt, wo die Gruppe mit radikalen Islamisten verbunden erscheint. Nach den Ereignissen vom 15. August flohen viele *Madrassa*-Autoritäten dieser islamischen Richtung in Bangladesh vor dem Zugriff der Ermittler.

Die Inhaftierten hielten bisher den Verhören weitgehend stand, aber die Indizien scheinen zu belegen, daß die Mitglieder der *Jama'atul Mujabidin* eine groß angelegte Aktion planten und - so die Tageszeitung *Daily Star* - eine bewaffnete islamische Revolution vorbereiten wollten. Sie seien in Trainingscamps, die über das Land verstreut sein sollen, bestens dafür ausgebildet, einschließlich für ihr Verhalten bei eventuellen Verhören. Ein

### Wahlen in Netrakona

reichte Beschwerde bei der Wahlkommission ein. Diese berichtete aber von einem friedlichen Verlauf in allen Wahllokalen. Auch von Einschüchterungen der Wahlberechtigten war die Rede, sodaß nach Darstellung der *Awami League* Oppositionswähler nicht zur Wahl erschienen. Offizielle Stellen aber gehen davon aus, daß die Ursache der geringen Wahlbetei-

Mitarbeiter des Innenministeriums äußerte gegenüber der gleichen Zeitung, daß es von der Gruppe Verbindungen zur Bombenexplosion in Dinajpur gäbe. Ebenfalls erharteten sich die Hinweise, daß Mitglieder für den spektakulären Fünffachmord in Joypurhat vom 20. Januar verantwortlich seien.

Khaleda Zia rief die Bevölkerung zur erhöhten Wachsamkeit und Mitarbeit auf und setzte die paramilitärischen *Bangladesh Rifles* und Teile der inneren Sicherheit in erhöhte Alarmbereitschaft. Nach den Bombenexplosionen vom 13. Februar konzentrieren sich die Ermittlungen nun verstärkt auf extremistische islamische Gruppierungen, bei denen erste Erfolge schon im März erreicht worden seien, so die Premierministerin.

Politisch brisant ist die Frage nach einer Verbindung der verbotenen *Jama'atul Mujabidin* zur mitregierenden *Jamaat-e-Islami*. Einige Politiker der Partei scheinen enge Kontakte zu den Inhaftierten gehabt zu haben. Ein Rätsel ist auch, woher die Waffen und das Ausbildungsmaterial stammen. Einige Politiker beschuldigten indirekt die Geheimdienste Indiens der logistischen Unterstützung dieser Gruppe.

ligung von 63 Prozent einerseits im Streik von Personentransportfirmen lag, andererseits auf die Witterung zurückzuführen war, die die ländliche Bevölkerung dazu nötigte, die *Aush*-Ernte an den Wahltagen einzufahren. Insgesamt wurde die Durchführung der Wahl von den großen Tageszeitungen als positiv gewertet.

# ...Im Überblick ...

## Bombenserie in Khulna

Leben gekommen, als Unbekannte mit Handgranaten und Handfeuerwaffen den praktizierenden Anwalt auf offener Straße angriffen. Am 14. August wurde der Manager einer Transportfirma, Mohammad Ali Akbar, bei einem Bombenanschlag getötet. Auch gegen die Polizei wurden mehrere Anschläge verübt, so z. B. am 14. August, als Unbekannte Sprengsätze auf *Pickups* der Polizei schleuderten. Auch werden immer wieder Gefangenentransporte der Polizei angegriffen. Insgesamt sind in den letzten drei Monaten 34 Morde in Khulna verübt worden. Die *Awami League* beschuldigt offen die Regierungsparteien der politischen Morde. Bisher sind jedoch

Täter überführt worden, die der anderen Seite des politischen Spektrums angehören: So bekannten sich festgenommene Mitglieder der verbotenen kommunistischen Partei *Purbo Banglar* (PBCP) für schuldig. Auch ein AL-Mitglied des linken Flügels wurde verhaftet und gestand, an mehreren Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Doch die Verquickung zwischen organisiertem Verbrechen und Politik ist in Bangladesh gerade auf lokaler Ebene undurchsichtig, sodaß nicht einmal klar sein dürfte, ob echte politische Motive hinter der Gewalteskalation stehen oder lediglich ein lokaler Machtkampf des organisierten Verbrechens.

## Neuer US-Botschafter auf Konfrontationskurs

fen, rasche Entscheidungen in der Gasexportfrage zu fällen und betonte die positive Rolle der USA für Bangladesh gegenüber Weltbank und IWF.

Der Gasexport ist in Bangladesh noch immer eine ungelöste Frage, weil nicht bekannt ist, wieviel Gasreserven das Land besitzt. Nachgewiesen worden war beispielsweise, daß eine frühere von US-Wissenschaftlern durchgeführte Studie geschönt war (SÜDASIEN berichtete). Im Energiesektor beteiligte US-Firmen wären bei einem Gasexport Nutznießer. Bei einem Treffen mit der Oppositionsführerin Sheik Hasina fand der US-Botschafter noch deutlichere Worte zum Thema Gasexport: „Wir arbeiten zusammen, um die Probleme, die die USA und Bangladesh angehen, auf friedliche Weise zu lösen“, zitierte ihn *The Daily Star* in

diesem Zusammenhang. Hasina nutzte die Gelegenheit, anzufragen, ob die USA auch bereit wäre, den Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität in Bangladesh zu unterstützen und versicherte die volle Unterstützung ihrer Partei AL bei allen US-Aktionen. Seit dem Regierungsantritt der Opposition wirft Hasina der Regierung die Förderung von Terrorismus und Kriminalität vor und beschuldigt sie politisch motivierter Verhaftungen und Morde.

Am 14. September erklärte der oberste Gerichtshof, daß die Wahl des Januar-Präsidenten Manmohan Singh illegal gewesen sei. Das Gericht überführte ihn der Bestechung und der Fälschung über Wahlunterlagen. Das Parlament beschloß daraufhin den Ausschuß des Politikers.

# ...Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno

## Korruptionsvorwürfe gegen Zia zurückgewiesen

Die Klage wegen Korruption gegen die Regierungschefin Zia ist am 11. September abgewiesen worden. Im Verfahren ging es um Unregelmäßigkeiten beim Ankauf zweier veralteter Maschinen vom Typ *Airbus* für die Biman-Fluggesellschaft in der vorletzten Regierungsperiode. Die Richter begründeten ihre Entscheidungen damit, daß der damalige Antrag dem Parlament zur Prüfung und Entscheidung vorgelegen hatte.

Zu dieser Zeit regierte die BNP zusammen mit fundamentalistischen Parteien in einer anderen Zusammensetzung, die letzteren eine Schlüsselposition zugestand. Eine breite Allianz der Opposition hatte damals, wie auch heute, die parlamentarische Arbeit weitestgehend boykottiert. In einem beispielslosen Aufbäumen der Zivilgesellschaft gegen die undemokratischen und Minderheiten verachtende Politik der Regierung war es damals gelungen, die Regierung abzulösen.

Nach der Regierungsübernahme hätten - so die Richter - sowohl Übergangsregierung als auch AL-Regierung die Möglichkeit gehabt, den Fall um die gekauften

Airbus-Flugzeuge bei Korruptionsverdacht politisch aufzurollen, was nicht geschehen sei.

*Transparency International* kritisiert seit langem das Fehlen politisch wirklich unabhängiger Korruptionskommissionen in Bangladesh. Auch der neu geplante Anti-korruptionsausschuß wird von vielen Seiten kritisiert: Das *Bureau of Anti-Corruption* wies in seinem neusten Bericht darauf hin, daß viele Fälle vom geplanten Ausschuß nicht behandelt werden könnten, da viele Tatbestände, z. B. die Entgegennahme überhöhter Gebühren, in dem bürokratischen Apparat juristisch nicht erfaßt würden. Zudem ist die personelle Besetzung und die Machtbeschränkung angesichts der bestehenden Korruptionsfälle hinderlich. *Transparency International* betonte, daß der geplante Ausschuß nicht unabhängig sein kann, wenn darin diejenigen als Mitglieder säßen, gegen die ermittelt werden solle. Geplant ist, daß sowohl der Finanzminister als auch der Justizminister dem Ausschuß angehören sollen.

## Parlamentarier wegen Wahlfälschung des Amtes enthoben

Am 14. September erklärte der oberste Gerichtshof, daß die Wahl des *Jamaat-e-Islami*-Führers Maulana Delwar Hossain Sayedee ins Parlament illegal gewesen sei. Das Gericht überführte ihn der Bestechung und der Falschaussagen über Wahlaufwendungen. Das Parlament beschloß daraufhin den Ausschluß des Politikers.

Es ist das erste Mal in Bangladesh, daß ein Parlamentarier während seiner Amtszeit wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl frühzeitig aus seinem Amt ausscheiden muß.

## BRAC verstößt gegen Richtlinien

Der Unmut von Regierungsanhängern gegenüber den Aktivitäten großer NGOs ist Anfang September durch das Bekanntwerden von Verstößen von BRAC gegen offizielle Richtlinien wieder aufgeflammt. BRAC, die größte sozialtätige Organisation, hätte, so der Vorwurf, mit dem verstärkten Ansiedeln von Menschen in „natürlichen Feuchtgebieten“ und „flutgefährdeten Zonen“ gegen den *Wetland Protection Act* verstoßen. Betroffen sind Projekte in Rajdhani Prakalpa und des *Krishnachura Prakalpa*-Projekts. Problematisch sind allerdings diese Richtlinien bei Projekten, die auf Gewinnung von besiedelbarem Land setzen. Hintergrund dieser ansonsten eher schwachen Vorwürfe ist der Unmut der Regierungstreuen gegenüber sozialtätigen NGOs, die, so die Sichtweise, durch Unterhalten von Großunternehmen wie Transportfirmen, Banken u. ä. nicht mehr eine Sonderstellung genießen sollten, da diese Aktivitäten als „gewinnorientiert“ betrachtet werden könnten. Die Gegenseite aber spricht vom Willen zur Abschöpfung ausländischer Hilfgelder und fordert stärkere Kontrollen der NGOs. Viele durch die Industrieländer unterstützte NGOs hatten vor der Regierungswahl offen politische Stellung zugunsten der *Awami League* bezogen, die die letzten Wahlen verlor.

## ...Im Überblick ...

### Anwälte liefern sich Massenschlägerei

Flaschen und Vasen bewarfen.

Daraufhin eskalierte die Lage: Straßensperren der Polizei wurden von Oppositionsanhängern angegriffen und regierungstreue Anwälte stürmten das Gerichtsgebäude, in denen sich die AL-Anwälte aufhielten. Ebenfalls nach Augenzeugenberichten verschlossen die Regierungstreuen systematisch die Ausgänge, bevor sie die Büros der Oppositionsjuristen verwüsteten und AL-Anwälte krankenhaushausreif schlugen. Der Polizei wurde später Untätigkeit vorgeworfen, während ein Polizeisprecher sich später mit dem Argument der Priorität des Schutzes der Premierministerin verteidigte, die den Grundstein, trotz der rüden Keilerei um sie herum, wie geplant legte.

### Streiks ohne Ende

der Regierung zusammenzuarbeiten. Die gleiche Partei, die noch als Regierungspartei gelobt hatte, in Oppositionsstellung würde es mit ihr keine landeschädigenden Streiks mehr geben, wird nicht müde, eben diese auszurufen. Noch Mitte September hatte eine Delegation des IWF die Opposition zur Zusammenarbeit ermahnt: Das Parlament sei der demokratische Weg der Auseinandersetzung. Vertreter der für die Exportwirtschaft enorm wichtigen Textilindustrie berichten mittlerweile von enormen Gewinneinbußen, da sie aufgrund der zahlreichen Streiks die Liefertermine in ei-

Die Ereignisse an diesem Tag schlugen in Bangladesh vielfach hohe Wellen. Politiker der *Awami League* richteten Schreiben an verschiedene Auslandsvertretungen, in denen sie um Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Demokratie im Lande baten. Tageszeitungen verurteilten - ungewöhnlich politisch neutral - beide rivalisierenden Gruppen und betonten den Skandal, daß gebildete Juristen, die das Gesetz vertreten sollten, als Mittel der Auseinandersetzung die pure Gewalt wählten. Mittlerweile ist ein Untersuchungsausschuß der *Dhaka Bar Association* (DBA) gegründet worden, der aus Mitgliedern aller Parteien gebildet wird. Zunächst erwirkte dieser die vorläufige Freilassung der vor Ort in Untersuchungshaft genommenen sechs Anwälte.

ner Zeit global bedingter makroökonomischer Probleme nicht einhalten könnten. Rund 600 Firmen mußten letztes Jahr geschlossen werden. Von der Arbeitslosigkeit betroffen sind vor allem Frauen, die 80 Prozent der Arbeitskräfte in der Textilindustrie stellen.

# ...Im Überblick

## Situation in den Chittagong Hill Tracts eskalierte

Am 1. September überfielen Bengalen in den *Chittagong Hill Tracts* (CHT) Häuser der ethnischen Minderheit der Mahalchari. Sie plünderten einen buddhistischen Tempel, vergewaltigten mindestens zehn Frauen und brannten die Häuser eines Dorfes nieder. Rund 1.500 Menschen verloren ihr Obdach. Zwei Menschen wurden getötet, darunter ein acht Monate alter Säugling. Nach Angaben der Betroffenen blieb bei der Aktion die verständigte Polizei untätig. Auslöser des Überfalls war die angebliche Entführung eines bengalischen Jungen, die man einer kriminellen Gang indigener Bewohner zur Last legte.

Die Situation der nichtbengalischen Ureinwohner hat sich seit Anfang September weiter verschlechtert. Die Regierung stoppte die Nahrungsmittelhilfe für die rund 65.000 nach dem Friedensschluß von 1997 zurückgekehrten Flüchtlinge, während die bengalischen Siedler weiterhin mit Nahrungsmittel unterstützt werden. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß das ursprüngliche Hilfsprogramm zur Reintegration auf ein Jahr angelegt war und lange abgelaufen ist. Sprecher des regionalen Rates betonten, daß die jetzige Regierung für die indigenen Menschen bisher nichts getan hätte. „Rund ein Viertel der Regierungskoalition ist an einem Frieden in den CHT nicht interessiert“ zitierte *The Daily Star* am 14.

September. Auseinandersetzungen zwischen Siedlern und Ureinwohnern sind fast wieder an der Tagesordnung. Überfälle, Schießereien und Entführungen machen das Gebiet weiterhin zu einer besonderen Gefahrenzone, sodaß beispielsweise auch das Rote Kreuz seine Hilfsprogramme zeitweilig einstellte.

Hintergrund ist der jahrzehntealte Konflikt zwischen Bengalen und den Bergvölkern. Nach Angaben von *Amnesty International* wurden seit Staatsgründung bis Mitte der 80er Jahre über 200.000 Menschen systematisch ermordet und Unzählige vertrieben, um den bengalischen Siedlern Land zu verschaffen und um Staudammprojekte durchzuführen. Die Gegenwehr der Menschen wurde als terroristische Verbrechen dargestellt, die von indischer Seite unterstützt würden. Das indische Tripura war damals ein Flüchtlingsziel, obwohl den Menschen dort ebenfalls kaum geholfen und sie zum Teil sogar ins Kriegsgebiet zurückgeschickt wurden. 1997 ist dann zwar unter der *Awami League*-Regierung offiziell Frieden geschlossen worden, doch keine Regierung hat sich jemals zu dem begangenen Unrecht bekannt. Es blieb bei der Darstellung einer Auseinandersetzung mit Terroristen, die auch heute noch die öffentliche Meinung und das politische Klima stark beeinflusst.

## Gespräche für linke Allianz

Am 4. September fanden Gespräche zwischen den drei kleinen linksgerichteten Parteien *Communist Party of Bangladesh* (CPB), *Jatiya Samajtantrik Dal* (JSD) und der *Gonotantri Party* (GP) statt. Diese Treffen, so der Generalsekretär der CPB, seien der Anfang bei der Schaffung einer Alternative gegenüber der politischen Polarisierung von *Awami League* und BNP. Auffällig bei diesen Verhandlungen ist die völlige Abkehr von der, zumindest theoretisch, linksorientierten AL. Doch ob das Ziel, die Polarisierung der politischen Kultur aufzubrechen, erreicht werden kann, ist mehr als fraglich.